

Bezugspreis:

Für den Monat September 200.— M., voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, sowie Österreich und Luxemburg 218.— M. für das übrige Ausland 232.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wort und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Erdkunde und Reiseberichte“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kompositiengruppe kostet 40.— M. (Reklamengruppe 100.— M. „Kleinanzeigen“ das fertige Blatt 12.— M. (zwei bis vier fertige Blätter) jedes weitere Wort 10.— M. Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 7.— M., jedes weitere Wort 5.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 30.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Öffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-293 und 2506-2507

Sonnabend, den 16. September 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Smyrna niedergebrannt.

Paris, 16. September. (WIB.) Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Smyrna sollen 1/3 der Stadt in Asche liegen und mehr als 300 000 Personen gestern morgen obdachlos gewesen sein. Der Brand verlief schrittweise nach vollständiger Zerstörung des amerikanischen, des griechischen und der übrigen europäischen Viertel. Der finanzielle Verlust betrage annähernd 200 Millionen Dollar, von denen ungefähr 5 Proz. amerikanisches Eigentum darstellten. Den Verlust an Menschenleben abzuschätzen, sei unmöglich. Von den Flüchtlingen seien zahlreiche schwer verwundet. Der Befehlshaber der amerikanischen Zerstörerflotte meldet, daß die Feuersbrunst, die in Smyrna am Mittwochnachmittag ausbrach, am Donnerstag nachmittag noch wütete. Alle Kriegsschiffe seien voller Flüchtlinge.

London, 16. September. (EP.) Die englische Regierung hat die alliierten Regierungen ersucht, in größter Eile Schiffe nach Smyrna zu senden, um die 500 000 Griechen Kleinasien, die an verschiedenen Orten Kleinasien konzentriert sind, einzuschiffen.

London, 16. September. (WIB.) „Daily Mail“ veröffentlicht ein Telegramm seines Sonderberichterstatters, der die Feuersbrunst Smyrnas von Bord des Kreuzers Iron Duke mit angesehen hat, und telegraphiert, mit Ausnahme der armenischen Viertel und eines kleinen Teiles der nördlichen Vororte stehe ganz Smyrna in Flammen. Ein türkischer General habe ihm gesagt, daß das Feuer von Armeniern angelegt worden sei, welche große Mengen von Waffen und Munition angehäuft und als sie gesehen hätten, daß sie den Türken nicht mehr entgegen kämen, ihr Viertel an neun verschiedenen Stellen in Brand gesteckt hätten. Nach dem Korrespondenten ist die Lage der überlebenden Einwohner verzweifelt. Man schätze die Zahl der Personen, die, falls sie sich nicht retten und falls sie nicht verproviantiert werden können, dem Hungertode verurteilt sind, auf ungefähr 100 000.

Christengemeinde in Smyrna?

London, 16. September. (EP.) Der „Exchange Telegraph“ erzählt aus Smyrna, daß der vor Smyrna befehligende englische Admiral die türkischen Behörden aufgefordert hat, dem Christengemeinde sofort Erlaubnis zu tun, da er sonst die Türkenviertel der Stadt beschließen würde.

London, 16. September. (WIB.) Der Berichterstatter des Reutersbüros in Smyrna berichtet aus Malta vom 15. September: Im habe Smyrna an Bord eines britischen Hospitalschiffes verlassen müssen. Bei meiner Abfahrt sahen die Türken ihre Plünderungen und Mordtaten fort. Unmassen von Leichen liegen in den Straßen von Smyrna. Zwei große Dörfer bei Smyrna stehen in Flammen. Die Engländer haben alle Patrouillen

und Posten aus der Stadt zurückgezogen. Mehrere englische Häuser wurden von türkischen Offizieren mit Beschlagnahme belegt. Bei meiner Abfahrt befanden sich auf dem Hasenkai und auf den Masten Tausende griechischer Flüchtlinge ohne Lebensmittel und Wasser. Zahlreiche englische Handelshäuser haben schwere Verluste erlitten. Das englische Prestige ist sehr gelitten.

Paris, 16. September. (WIB.) Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel meldet der amerikanische Oberkommissar in der Türkei, daß in Smyrna 14 naturalisierte Amerikaner vermisst werden.

Kemals Friedensbedingungen.

Angora, 16. September. (WIB.) Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, ist die türkische Nation unter folgenden Bedingungen bereit, einen Waffenstillstand zu schließen:

- 1. Räumung des ganzen vom Feinde besetzten Gebietes und bedingungslose Auslieferung aller Waffen, Munition und Nahrungsmittel.
- 2. Anerkennung der uneingeschränkten türkischen Souveränität über Kleinasien und Thraxien und Verzichtleistung auf alle Ansprüche auf diese Gebiete.
- 3. Wiedergutmachung aller Schäden und Ersatz aller Verluste der türkischen Nation, die dem Feinde zur Last fallen.
- 4. Auslieferung aller Personen, die während der Invasion Grausamkeiten begangen haben.

Die Haltung Englands.

London, 16. September. (EP.) Der englische Kabinettsrat nahm gestern Kenntnis von der französischen Note über die Orientfrage. Nach längerer Diskussion nahm er folgende Entschliessung an:

- 1. Der Rat drückt seine Befriedigung über die französische Note aus, wodurch eine volle Einigung in der Frage des nahen Orients erzielt wird.
- 2. Der Rat beschließt, daß im Falle einer Bedrohung der neutralen Zone militärische Verstärkungen dorthin geschickt werden sollen.
- 3. Die alliierten Flottenkommandanten sollen Befehl erhalten, sich allen türkischen Truppentransporten durch die Dardanellen zu widersetzen.
- 4. Der Rat beschließt, daß die Regelung der Orientfrage auf einer in der nächsten Zeit einzuberufenden Konferenz erfolgen soll, zu der außer England, Frankreich, Italien, Türkei und Griechenland auch Jugoslawien und Rumänien eingeladen werden sollen.

Der Beschluß des Kabinettsrates ist Mustafa Kemal Pascha mitgeteilt worden.

Eine Frist für Deutschland.

Paris, 16. September. (WIB.) Wie „Petit Journal“ meldet, hat der belgische Minister des Aeußeren gestern Journalisten erklärt: es ist ein Irrtum, zu glauben, daß das Datum des 15. September ein entscheidendes Datum ist. Ich habe aber bei dem deutschen Gesandten Dr. Landsberg lebhaft darauf bestanden, daß uns die deutsche Antwort in möglichst kurzer Frist übermitteln werde.

Wie „Petit Parisien“ meldet, gehe aus den Dingen, die sich gestern ereignet hätten, klar hervor, daß Deutschland Willens sei, um seine Antwort zu geben.

Die Besprechungen in London.

London, 16. September. (EE.) Der englische Vertreter in der Reparationskommission, John Bradburn, ist — laut „Evening Standard“ — gestern abend in London eingetroffen, wo er eine Unterredung mit dem Reichsbankpräsidenten Havenstein hatte. Man glaubt auch, daß Lord George Montag vormittag Bradburn und Havenstein in der Downingstreet empfangen werde. Außerdem werde letzterer mit dem Präsidenten der Bank von England und mehreren bedeutenden Finanziers der City konferieren. An den Besprechungen würde auch der britische Schatzkanzler, Sir Robert Horne, teilnehmen. Man gibt der Ansicht Ausdruck, daß es unmöglich wäre, die 50 Millionen Pfund an Belgien zu bezahlen.

Beratungen mit Poincaré.

Paris, 16. September. (WIB.) Ministerpräsident Poincaré empfing gestern nachmittag den Präsidenten der Reparationskommission Dubois, den Delegierten bei der Reparationskommission Raucière und den Finanzminister De Pasteyrie.

Die Finanzkommission der Kammer hat heute die Prüfung des Spezialbudgets betreffs der von Deutschland zu erhaltenden Ausgaben beendet. Die Vorschläge des Berichterstatters auf Herabsetzung gewisser Kredite wurden angenommen. Unter den Abstrichen befinden sich etwa 300 Millionen Frank, die für die Instandsetzung von 50 000 Hektar in der Roten Zone und für die Pläne zum Wiederaufbau von Städten und Dörfern bestimmt waren.

Die Eisenbahnerbewegung im Westen.

Der SPD-Dienst schreibt: Bei der Eisenbahnerbewegung im Westen wurde in Köln den Kommunisten rasch das Wasser abgegraben. Die Verhandlungen zur Forderung der Rot der Eisenbahner, die im besetzten Gebiet und in dessen Nachbarschaft (Ruhrgebiet, Frankfurt a. M.) seit dem Werksturz und der neuen Fremdeninvasion besonders unter der Teuerung zu leiden haben, sind bereits im Gange. Die gestrige Aussprache zwischen Gewerkschaften und Reichsverkehrsministerium hat dazu geführt, daß am kommenden Donnerstag die Teuerungsoverhandlungen der Spitzengewerkschaften im Reichsfinanzministerium beginnen. Sie werden so rasch als möglich durchgeführt werden und sollen zu einer schnellen Hilfe führen.

Nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Köln, die gestern abend im Reichsverkehrsministerium eingelaufen ist, gilt die Streikgefahr als beseitigt.

Englands Schuldzahlung.

New York, 16. September. (WIB.) „New York Herald“ meldet aus Washington, das Schahamt erkläre, Großbritannien habe formell mitgeteilt, daß es ohne Rücksicht auf die europäische Lage seine gesamte Schuld an die Vereinigten Staaten zu zahlen beabsichtige. Die Zahlung würde am 15. Oktober, wo der halbjährliche Zinsbetrag in Höhe von 125 Millionen Dollar fällig ist, ihren Anfang nehmen. Die britische Kommission für die Schuldenfrage werde Ende des Monats in Washington ankommen und am 1. Oktober die Verhandlungen über die Konsolidierung der Schulden beginnen, die die Umwandlung der gegenwärtigen Schuldscheine in langfristige Obligationen bezwecken.

Nationalsozialistische Ausschreitungen in München. Etwa 30 bis 40 Nationalsozialisten, die sich in dem Kaffeehaus „Deutsches Theater“ eingefunden hatten, begannen mit Bierflaschen, Weinflaschen usw. auf die anwesenden Gäste zu werfen und gingen dann gegen anwesende Juden mit Peitschen und Knütteln los. Schließlich gelang es den Gästen, die Ruheführer hinauszuwerfen, die im Abziehen noch die Fenster des Lokals einschlugen. Schon vor etwa 3 Wochen hatten in dem gleichen Lokal Ausschreitungen gegen jüdische Gäste stattgefunden.

Das deutsche Erbrecht.

Von Prof. Dr. Lönnes-Riel.

Die nachstehende Arbeit erscheint in Nummer 1 der „Finanzpolitischen Streitfragen“, die von der Deutschen Gesellschaft für Reichserbrecht herausgegeben werden. Ihr gehören u. a. neben bekannten Gelehrten auch Führer der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten an.

Um zu erkennen, wie sehr Eigentum, Person und Familie im modernen Staate das wesentliche Objekt ausmachen, braucht man nur ein bürgerliches Gesetzbuch aufzuschlagen und seine Einteilung zu betrachten, z. B. das neue deutsche Bürgerliche Gesetzbuch. Das zweite Buch ist betitelt: Recht der Schuldverhältnisse. Bei diesen handelt es sich natürlich nicht darum, daß Verwandte einander Rücksicht u. dgl. schuldig sind, sondern um Geldsachen, um Eigentum, so daß das dritte Buch, welches das Sachenrecht enthält, nur gleichsam im festen Zustande darstellt, was jenes im flüssigen Zustande betrachtete; dann folgt das vierte Buch als Familienrecht, wo es sich um die besonderen, gleichsam ausnahmsweisen Bedingungen handelt, die durch das Eheverhältnis den Rechten am Eigentum gegeben werden, und das fünfte Buch als Erbrecht. Das ist der eigentliche Zielpunkt. Das, wo der Ring sich schließt; das Familienrecht mündet wieder in das Sachenrecht ein.

Das Erbrecht kann in der Tat nach der Verfassung der modernen Gesellschaft als Einheit von Ehe und Eigentum begriffen werden, und es stellt sich gerade hier, wo also ganz in überwiegender Weise das Interesse der besitzenden Klasse in Frage kommt, der Staat recht eigentlich als Vollstrecker des Willens und Interesses der besitzenden Klasse dar, insofern er da eintritt, wo das Individuum nicht mehr selber für seine Sache, sein Eigentum eintreten kann, wo also der Staat Vollstrecker des Willens des Verstorbenen, des Erblassers, ist, sei es seines ausgesprochenen, testierten Willens oder des unausgesprochenen vermuteten Willens, vermittelt Intestaterechts.

Es ist ja sehr merkwürdig und zeigt zugleich den schwächsten Punkt des Staates, wenn wir bemerken, wie der Staat im bürgerlichen Rechte gleichsam als eine unbedingte Notwendigkeit ansetzt, daß ein Vermögen, über das der Erblasser nicht verfügt hat, doch an den Mann komme; wie die Erben gesucht werden in der Verwandtschaft, wie in diesem Punkte etwas wieder ausbleibt, was der urältesten Zeit angehört, was sonst durchaus gar nicht mehr vorhanden ist, nämlich die Seitenverwandtschaft. Es ist geradezu ein Paradoxon und Anomalie innerhalb des Bürgerlichen Gesetzbuches, dieses Recht der entfernteren Verwandten auf ein Erbe, dem in keiner Weise irgendwelche Pflichten entsprechen; Recht auf das Eigentum, nur damit das Privateigentum bleibe, wonach also die Erhaltung des Privateigentums der Zweck der sozialen Verbindung ist.

Aber auch an diesem Punkte hat schon die Tendenz angeknüpft, die Vererbung des Intestaterechts auf die Seitenlinien einzuschränken. Diese Tendenz war sogar in die Juristenkommission, die das neue deutsche Bürgerliche Gesetzbuch bearbeitete, eingedrungen. Der erste und der zweite Entwurf haben eine Verwandtschaft von der ersten bis zur fünften Ordnung anerkannt. Die erste Ordnung ist natürlich die des Descendenten, der normale Fall; die zweite Ordnung die der Ascendenten und der Geschwister und deren Abstammlinge; die dritte Ordnung sind die Großeltern und deren Abstammlinge, also unsere Oheime, Tanten, Vettern und Nichten; dann kommt die vierte Ordnung, die Urgroßeltern und deren Abstammlinge. Welcher normale Mensch weiß etwas von den Abstammlingen seiner Urgroßeltern? Das sind Leute, die in der Regel in ganz anderen Lebenssphären sich bewegen, mit denen man in der Regel in gar keinem Verhältnisse steht. Die Mehrheit der zweiten Kommission des Gesetzbuches beschloß nun, und hat dies nachher als eine bedeutende Tat empfunden, bei dieser Parentel, der vierten Ordnung, stehen zu bleiben. Man wandte dagegen ein, für die Abstammlinge der Urgroßeltern sei auch in der gegenwärtigen Zeit das Gefühl der Blutsverwandtschaft keineswegs in dem Maße verschwunden, wie man mit jenem Vorschlag unterstellte; es sei nicht unbedingt richtig, daß Verbesserungen und Ausdehnungen der Kommunikationsmittel auf den Zusammenhalt der „Familie“ im weiteren Sinne zerstörend und zerlegend eingewirkt hätten. Wie die Verbesserung der Kommunikationsmittel einerseits die Möglichkeit bietet, die Familienangehörigen schneller auseinander zu bringen, so habe sie andererseits zur Folge, daß die Familienangehörigen sich nach einer vorausgegangenen Trennung schneller und leichter wieder zusammenfinden. Offenbar haben die vornehmen Juristen an die Familientage der sogenannten Adligen gedacht! Man müsse deswegen bei einer etwaigen Beschränkung des gesetzlichen Erbrechts vorsichtig zu Werke gehen, wenn man sich nicht mit „wohlbegründeten“ Ueberlieferungen in Widerspruch setzen und den Vorwurf auf sich laden wolle, daß man die stilkliche und soziale Bedeutung der Blutsverwandtschaft, welche als solche ein Erbrecht begründe, im Gegensatz zu der Volksüberzeugung verkannt habe.

Die Kommission des Reichstages, die den zweiten Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuches verbessern sollte, hat



dann auch in diesem Punkte eingegriffen. Sie hob jene erhabene Einschränkung, zu der die Kommission der Juristen sich entschlossen hatte, daß die Abkömmlinge der Ururgroßeltern als gesetzliche Erben ausgeschlossen sein sollten, wieder auf. Es heißt in dem Letzte, den der Reichstag angenommen hat: „Die Erben der fünften Ordnung und der höheren Ordnungen sind die entfernteren Voreltern des Erblassers und deren Deszendenten.“ Also Erbschaft ohne Grenzen! So ist das gültige Recht für das Deutsche Reich zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts geworden. Ob es auch gültiges Recht am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts sein wird?

In manchen anderen modernen Rechten, z. B. im Privatrecht des Kantons Zürich, tritt die Beschränkung des Intestat-erbrechts schon mit dem dritten Grad ein, so daß die Nachkommen der Ururgroßeltern nicht mehr erbberechtigt sind. Mit den Kritiken, die an dieses Erbrecht sich heften, hängen die neuen Gesetze oder Gesetzesentwürfe zur Erbschaftsteuer oder zur Ausdehnung derselben zusammen. In einer Abhandlung, die den Durchschnit der landläufigen Denkart hierüber wiedergeben dürfte und die sich aus Zweckmäßigkeitsgründen für eine ausgedehnte Erbschaftsteuer ausspricht, heißt es aber doch, daß diese keineswegs begründet werden solle auf ein „staatliches Erbrecht“. Ich meine hier den Artikel über den Gegenstand in Conrads „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“. Es heißt überhaupt, ein Staatserbrecht sei an und für sich unmöglich, privatrechtlich unmöglich; denn das Privatrecht beruhe einzig und allein auf Blutsverwandtschaft und der Staat sei kein Blutsverwandter; ein Staatserbrecht auf öffentlich-rechtlicher Grundlage würde aber eine andere Bedeutung haben als die einer einfachen Konfiskation. Nun ist aber doch ein Hauptatz des modernen bürgerlichen Bewußtseins, daß eine Nation ein einheitliches Volk von Brüdern sei oder sein solle, und die Vaterlandsliebe wird so sehr als eine wesentliche Fundierung des modernen Zusammenlebens gehalten, daß man, wenn mit Recht die Blutsverwandtschaft des Staates geleugnet wird, eine Art von Familiencharakter der Nation nicht wohl wird leugnen können. Man könnte also die Nation als erbberchtig betrachten und aus „National-erbschaften“ besondere Zwecke fördern. Außerdem müßte weiter die Konsequenz gezogen werden, daß diesem nationalen Fonds ein regelmäßiges Miterbrecht, ein Pflichtteil am Erbe zuzume, ein Pflichtteil, der auch nicht durch Testament umgehen werden könnte.

Im geltenden deutschen BGB., das bekanntlich am 1. Januar 1900 in Kraft trat, läßt § 1929 in der Tat gesetzliche Erben der fünften Ordnung und der ferneren Ordnungen (!) des gesetzlichen Erbrechts teilhaftig werden! „Es besteht keine Grenze für die Verwandtenerfolge“, sagt der Kommentator Achilles. Das war das Ergebnis einer Wiederherstellung, die erst im Plenum des Reichstages geschah. Prof. Bernhöft bemerkt dazu: „Gerade die übermäßige Ausdehnung des Erbrechts führt dazu, dessen natürliche Grundlage zu verdunkeln und dessen innere Berechtigung überhaupt in Frage zu stellen.“ Dies sei auch politisch gefährlich. Ein solches Erbrecht eines Verwandten, der etwa seine Verwandtschaft erst mühsam aus alten Kirchenbüchern nachweisen müsse, sei geradezu verwerflich.

Nun wohl, die Zeit ist jetzt wohl reif dazu, das „Verwerfliche“ und einiges dazu zu residieren.

### Hoffnung auf die Kommunisten.

Die sächsischen Landtagswahlen sind auf den 5. November angelegt worden. Die reaktionäre Presse gebärdet sich bereits, als sei dem Bürgertum der Sieg sicher. Eine etwas kühne Voraussetzung in einem Lande, das eine so überwiegende Arbeiterbevölkerung hat wie Sachsen. Aber freilich, die Herren haben eine sichere Hoffnung: die Kommunisten. Ganz offen bringen sie zum Ausdruck, daß sie von der kommunistischen Zersplitterungsarbeit ein Zusammen-

schmelzen der bisherigen sozialistischen Mehrheit erwarten. So schreibt die „Kreuzzeitung“:

Die thüringischen Gemeinde- und Kreistagswahlen beweisen ja ebenfalls, daß die Kommunisten auf Kosten der Sozialdemokratischen Partei Fortschritte machen, während die Gesamtzahl der Stimmen der drei radikalen Linksparteien stark zurückgeht.

Hier können die Kommunisten einmal schwarz auf weiß lesen, wie der Thüringer „Sieg“, auf den sie so stolz sind, von den Reaktionsären gewertet wird. Die „Rote Fahne“ bebraucht sich an den 25 Proz. Stimmengewinn, die angeblich die KPD. in Thüringen erworben hat. Das klingt nicht viel, aber für eine kleine Minderheitspartei bedeutet schon ein absolut kleiner Stimmengewinn von wenigen tausend Stimmen eine hohe Prozentzahl. Wenn man den heftigsten und strupellosesten Kampf innerhalb der sozialistischen denkenden Arbeiterschaft entfesselt, wenn man die Not der Zeit lediglich agitatorisch ausnützt, so ist es kein großes Kunststück, ein paar tausend Stimmen zu sich herüberzuziehen. Daß aber solche Taktik die doppelte und dreifache Wählerzahl in das bürgerliche Lager hinüberreißt, ist die Kehrseite derartiger „Sieg“, wie wir das nun schon ein paar wuchtige Male erlebt haben. Kein Wunder, daß die Reaktion an solchen Vorgängen ihre helle Freude hat und auf den Kampf der Kommunisten gegen die sozialistischen Parteien alle Hoffnung setzt.

In Thüringen wollen jetzt die Bürgerlichen ähnlich wie in Sachsen durch Volksentscheid Landtagsneuwahlen erzwingen, dabei spekulieren sie natürlich auf die kommunistische Hilfe, die ihnen in Sachsen eben erst so wunderbare Dienste getan hat. Schon sieht die „Kreuzzeitung“ im Geiste nach der sozialistischen Mehrheit in Braunschweig auch die in Sachsen und Thüringen beseitigt und damit den verhassten roten Block der mitteldeutschen Staaten zerstört.

Und die „Rote Fahne“? Wenn man ihre täglichen Ausführungen verfolgt, so erhält man den sicheren Eindruck, daß das Ziel der Kommunisten das gleiche ist. Weil sich ja schließlich auch durch die geschickteste Sophistik nicht leugnen läßt, daß der Enderfolg der kommunistischen Taktik die Schwächung der Arbeiterfront, die Stärkung der Reaktion ist, so wird dieses Resultat nicht etwa bedauert, sondern mit höhnischer Freude gebühert. Für einen kommunistischen Phrasendrescher ist ja nichts leichter als die Behauptung, es sei ganz gleichgültig, ob ein Land eine sozialistische oder eine bürgerlich-reaktionäre Mehrheit habe. Man hat den Eindruck, als leuchten die Kommunisten förmlich danach, möglichst schnell der Reaktion in Sachsen und Thüringen in den Sattel zu helfen. Vielleicht hofft man dann noch ein paar tausend Stimmen zu gewinnen. Vielleicht gehen aber dann — freilich zu spät — den Arbeitern die Augen auf, wohin sie von den Kommunisten geführt worden sind.

### Auch ein „Erfolg“.

Die „Rote Fahne“, deren Wahrheitsliebe nachgerade perverge Formen annimmt, sucht die gestrigen Teuerungserklärungen als großen kommunistischen Erfolg auszuweisen. Darüber wird niemand verwundert sein als ihre eigenen Anhänger, soweit sie die Versammlungen besucht haben. Obwohl die Kommunisten keinerlei Mühe und Mittel scheuen, die Versammlungen zu sprengen, ist ihnen das nur bei einer einzigen von insgesamt 19 Versammlungen gelungen, und zwar in Roabit, wo ihre Anhänger mit den Mitteln roher Gewalttätigkeit arbeiteten und in Ermangelung geistiger Argumente das Faustrecht proklamieren. Von diesem Verhalten, das einen traurigen Tiefstand kennzeichnet, ist die „Rote Fahne“ allerdings äußerst entzückt und sie berichtet schmunzelnd, daß der Enderfolg „sehr gelöst“ sei. In Wirklichkeit ist die Versammlungsleitung von den kommunistischen Raubzugs misshandelt und blutig geschlagen worden. Daß die „Rote Fahne“ solche Methoden billigt und lobt, wundert uns nicht, charakterisiert aber den Geist der KPD.

Von dieser Ausnahme abgesehen, haben jedoch die Versammlungen einen durchaus günstigen, ja glänzenden Verlauf für die einberufenden

sozialistischen Parteien genommen. Die kommunistischen Störenfriede konnten überall zur Ruhe gemessen werden, und nur auf ihre geistigen Argumente angewiesen, seien die bekannten kommunistischen Rednerführer täglich durch. Der Beifall war durchweg auf der Seite der Referenten und es bestand daher gar keine Ursache, den Kommunisten, wie die „Rote Fahne“ weiter läßt, die Diskussion zu verweigern.

### Honorar vom „Erbfeind“.

Wilhelm verkauft seine Memoiren an Frankreich.

Die „Agentur Radio“, das offiziöse französische Nachrichtenbureau, teilt mit, daß sie die Memoiren Wilhelms für Frankreich und die Kolonien erworben habe. Mehrere Pariser Zeitungen, darunter „Matin“, „Petit Parisien“, „Petit Journal“, „Echo de Paris“, „Journal“ u. a. kündigen an, daß die Memoiren in ihren Spalten veröffentlicht werden.

Es geht nichts über monarchische Gefinnungsgelüchtigkeit. Hindenburg hat längst berichtet, er habe am 9. November deswegen dem Kaiser zur Flucht geraten, damit die „Schmach“ vermieden würde, daß der deutsche Kaiser kämpfend den Feinden in die Hände fielen. Daß die Memoiren dieses Kaisers von der Boulevard-Hefepresse für ihr Publikum als Sensationsleckereien angekauft werden und daß der deutsche ehemalige Kaiser dafür Honorar in französischer Valuta bekommt, erscheint den deutschen Mannern dagegen nicht als Schmach. Aber freilich — Hindenburg und Ludendorff haben ja auch schon den Reiz englischer Pfunde kennen gelernt. Jeder schlägt sich halt durch die Not der Zeit, wie es seinem Charakter entspricht.

### Die Eisenbahn saniert sich.

Ueberschüsse im Frühjahr, Tarifierhöhungen am 1. Oktober

Der „Soz. Parlamentsdienst“ teilt mit: Heute trat im Reichsverkehrsministerium auf Einladung des Reichsverkehrsministers der ständige Ausschuss des Reichsvereins der Eisenbahntarife zusammen. Der Reichsverkehrsminister ließ mitteilen, daß infolge der ungeheuren Verteuerung der wichtigsten Materialien der Reichsbahn in den letzten Wochen der Eisenbahnverwaltung eine monatliche Mehrausgabe von rund 26,6 Milliarden Mark erwachse. Diese Mehrausgabe soll mit einer Erhöhung der Güter- und Personentarife ausgeglichen werden. Es ist beabsichtigt, die Gütertarife zum 1. Oktober über die bereits beschlossene Erhöhung von 33 Proz. hinaus um weitere 100 Proz., ferner die am 1. Oktober in Kraft tretenden um 50 Proz. erhöhten Personentarife vom 1. November ab um weitere 100 Proz. zu steigern. Die neue Erhöhung der Personentarife bereits zum 1. Oktober durchzuführen, ist aus drucktechnischen Gründen nicht möglich.

Zu dieser neuen Maßnahme des Reichsverkehrsministeriums wurde von dem Vertreter der Verwaltung im einzelnen ausgeführt: Während im Haushalt 1922 nach dem Stande vom 1. April die Gesamtausgaben für das Rechnungsjahr auf rund 100 Milliarden veranschlagt worden waren, stiegen sie infolge der Wertentwertung auf 235 Milliarden im Monat August, während sie nach den letzten Schätzungen im September sogar die Höhe von 395 Milliarden erreichen werden. Die Einnahmen hielten infolge des starken Güter- und Personoverkehrs nicht nur mit den Ausgaben Schritt, in den ersten drei Monaten des Rechnungsjahres 1922 konnte sogar ein Ueberschuß von 2,5 Milliarden Mark erzielt werden. Auch für das Vierteljahr Juli-September konnte man mit einer Bilanzierung des Haushalts rechnen, aber die Septemberpreise werfen alle Berechnungen für das zweite Halbjahr Oktober 1922 bis April 1923 über den Haufen. Es werden in jedem Monat 25,6 Milliarden Mehrkosten entstehen, die durch die bisher erfolgte Erhöhung nicht gedeckt werden. Von diesen 25,6 Milliarden entfallen 10,2 Milliarden auf die persönlichen und 15,4 Milliarden auf die sächsischen Kosten. Von den Materialien, die von der Eisenbahn am häufigsten gebraucht werden, stiegen in den letzten Wochen die Preise für

Deutsche Kohle	von 2 000 M. auf 5 500 M.	= 175 Proz.
1 T. Schiene	20 000	= 50 000 = 248
1 Eisenknoten	20 000	= 41 000 = 244
1 Stabstahl	19 470	= 46 900 = 240
1 Kubikm. Kiefernholz	8 000	= 25 000 = 313
Radläge	85 700	= 85 000 = 239

Am stärksten schlagen von diesen Steigerungen die für Kohle zu Buch, die rund ein Viertel der Gesamtausgaben der Reichsbahn ausmachen. Dabei ist es der Reichsbahnverwaltung noch gelungen,

Wiertel sind weniger bedeutend, aber auch sie haben geschichtlich merkwürdige und künstlerisch hervorragende Bedeutung. Der Handel vollzieht sich hauptsächlich in den Balken; hier tritt man in die kühlen „Hans“ oder Speicher durch einen Torweg, erhält türkischen Kaffee serviert und sieht dann die Schätze des Orients vor sich ausgebreitet, die man freilich erst nach einem langwierigen Treiben reifen darf.

Die neue Gilbert-Operette. Es gibt ernsthafte Leute, die behaupten, die Langoperette, die unsere Spielhäuser erfüllt, sei in jeder Weise erledigt, sie habe weder den Geist noch die musikalische Erfindung der älteren Operette, noch gelinge es ihr, irgend etwas Neues zu bieten. Komponisten und Autoren — so mißgibt sie — machen Proudhons Wort: „Eigentum ist Diebstahl“, mit der neuen Variante zur Wahrheit, daß sie nicht nur andere, sondern sich selber bestehlen. Die gediegenen Lobredner alles Bestehenden machen dagegen geltend, daß alle Kultur, und so auch die „Operettenkultur“, Tradition und Wiederholung brauche. Tatsache bleibt jedenfalls, daß diese Operette den Glanz des zahlungsträchtigen Publikums beherrscht und neue Häuser erobert.

Das zuerst für beinahe höhere Zwecke eingerichtete „Neue Theater am Zoo“ ist von seinem Direktor Charles jetzt für die Operette bestimmt worden. Mit Gilberts neuester Schöpfung, für die Grünbaum und Sterk einen einigermassen banalen, wihlofen und schleppenden Text geschrieben haben, wurde das Haus eröffnet. „Dorine und der Zufall“ heißt das neue Opus, dem die Ehre feinsten Ausstattung im Genre, tabellarischer Ausführung (das deliziöse Orchester hinter der Szene) und gesellschaftlicher Weisheit in großer Toilette zuteil wurde. Ja, es gibt eine Operettenkultur in Berlin (im allerweitesten Wortsinne). Das Girren von fünf Männern um ein Weibchen, das dank dem Zufall, der ihr und der Autoren Verhängnis ist, immer in die kompromittierendsten Situationen (bis an den Rand des Bettes) gerät, ist der Inhalt. Die vornehmenden Tänze gehören bereits ins Gebiet der Akrobatik (Herald Paulsen ist Meister darin). Bei einigen letzten sich die Darsteller zur Abwechslung auf den Bo (und die Zuschauer finden das sehr vernünftig). Gilbert wollte drei Schläger einlegen, aber nur einer erreicht den nötigen Grad einschmeichlerdender Schmalzhaftigkeit, er wird dafür endlos wiederholt und in den Pausen aufs neue serviert, und das Publikum muß ihn schließlich misslingen, um nicht ganz zu verblöden. Ingenieurung und Darstellung waren natürlich blendend. Grete Freund singt, tänzelt, schmolzt, weiß die Toiletten, deren Lieferanten auf dem Settel genannt werden („ach, die süßen Schuhe“, „schelte es neben mir“, mit Beauvoir zu tragen und — auszugehen. Frißl Werner entzückt mit seiner hohen Weisheit, die alle sentimentalen Schwestern öffnet, usw. Ach ja, es war ein denkwürdiger Abend und dauerte von 7 bis gegen 11.

Grünbaumführungen der Woche. Dienst. Volksbühne: „Über die Reiz“ (2 Teil). Wilm. Renos Volkstheater: „Der Engländer“, „Sandro“. Theater i. d. Romanhandlung: „Der Tänzer unserer lieben Frau“, „Der Fremde“. Don. Tabane: „Tod und Teufel“, „Sonnenpektum“. Freier. Kammerstücke: „Der Schleiter der Operette“. Schauspielhaus: „Hochzeit des Adrian Drommer“. Donau-Theater i. d. Königgräzer Str.: „Die Jüdin von Toledo“.

wird. Welch herrlicher Ausblick bietet sich da den Zeitungen, wenn ihre Kunstbetrachtungen in der Schule gelesen werden! Das Beste jedoch, was die Zeitung den Kindern bieten kann, wird ohne Zweifel der wirtschaftliche und politische Teil sein. Wenn auch noch nicht alles in die jugendlichen Köpfe hineingeht, so ist doch die Grundlage für das Verständnis und Interesse und Begeisterung gegeben, und damit hat die Schule für das wirkliche Leben vorbereitet und ihre Aufgabe erfüllt.

So gibt es wohl kaum ein Unterrichtsfach in der Schule, in dem die Zeitung nicht mit Nutzen gelesen werden könnte. Die Zeitung ist ohne Zweifel das unmittelbarste Anschauungsmaterial, und die Einführung der Zeitung in die Schule ist durchaus keine Utopie, sondern ohne jedes Bedenken sofort durchführbar. Elternbeiräte und Stadtoverordnete müssen auf Abschaffung des Lesebuchs dringen.

Bilder aus Smyrna. Die Nachricht von dem Brande Smyrnas zeigt, daß die Kriegslage schon wieder schöne Kulturstätten zerstört. Denn Smyrna ist ein Juwel an der asiatischen Küste, heute noch wie in den Tagen Homers eine der reichsten und lebendigsten Handelsmittelpunkte der Levante. Die „Stadt der Teppiche“ ist nicht nur für diese kostbaren Erzeugnisse des Orients der eigentliche Markt, sondern überhaupt fröhen hier die Waren zusammen. Der Ruhm der schönen Frauen von Smyrna lebt in zahllosen Geschichten, und schon ist auch die Stadt selbst, die sich über der weitgeschwungenen Hafendüfte aufbaut. Dieser Hafen, der die gesamten Flotten Europas in seinem Innern aufnehmen könnte, war in friedlichen Tagen von den Handelsschiffen aller Nationen bevölkert und bot das bunteste Bild mit dem Völkergemisch, das hier laut schreie und gestöhnt seiner Tätigkeit nachging. Dieses hastige Getriebe legt sich dann auf der breiten Kaitrage fort, die zugleich den Mittelpunkt der Europäerstadt, des „Krankenviertels“, bildet und wo sich schöne Hotels und Cafes erheben. Hier tritt einem so recht das Völkergemisch vor Augen, das sich in Smyrna zusammenfindet. Zwischen den armenischen Pastörern schreiten würdevollen Ganges ernste Türken, eilen geschmeidige Griechen, linke Spanier und bewegen sich europäische Damen in den neuesten Pariser Toiletten. Einst krönte die Häuserwellen, die an den Bergwänden emporbranden, eine Akropolis; heute steht dort in düsterer Wehrhaftigkeit die alte Zitadelle.

Wie im Handelsverkehr, so herrscht auch in der Bevölkerung Smyrnas das Griechische vor. Von der Viertelmillion Menschen, auf die man die Bevölkerung Smyrnas schätzt, sind mehr als die Hälfte Griechen; griechisch verständigen sich die Hafenarbeiter, rufen die Straßenverkäufer ihre Waren aus. Freilich ist es ein verstämmeltes, dem Fremden unverständliches Neugriechisch, das hier gesprochen wird. Der Orient herrscht noch vollständig in dem Viertel mit seinem Labyrinth von winzigen dunklen Straßen, mit seinem emporstrebenden Wab von Minarets und den Friedhöfen mit den uralten riesigen Zypressen. Der Orient beginnt auch schon an dem Bahnhof, von dem die Karawanen nach dem Hinterlande ausziehen, um neue Waren zu holen. Das jüdische und armenische

### Die Zeitung als Schullesebuch.

Von einem Volksschullehrer wird uns geschrieben:

Die Verehrung der Kinder steht vor der Tür und die Eltern überkommt ein Grauen, wenn sie an die Anschaffung der Bücher und Hefte denken, die ihre Kinder in der neuen Klasse brauchen. Wenn auch einigen wenigen Kindern die Schulmaterialien auf Antrag der Eltern oder Magistat geschenkt werden, so wird doch den meisten ihr Stolz diesen Betrag unmöglich machen. Sie müssen also kaufen. Ein Heft kostet heute 20 M., ein Lesebuch weit über 100 M. Jeder Mensch pflegt sonst ein gekauftes oder geliehenes Buch auszuliehen. Man frage jeden Schulkind, ob auch nur ein einziger sein Lesebuch „ausgeliehen“ hat. Die Stoffe des Lesebuchs sind viel zu sehr auf Abicht und Wirkung gestellt, was die Kinder instinktiv fühlen. Ja, aber was sollen denn die Kinder im Unterricht lesen? ... Die Zeitung!

Entschlicher Gedanke! Die Zeitung ist doch nicht für Kinder. Was verstehen denn sie von der Zeitung! Dann lehre man sie die Zeitung verstehen, damit sie, wenn sie die Schule verlassen, auch wirklich die Zeitung lesen können. Hier können nur die Schulen und die Fortbildungsschulen mit den richtigen Hilfen einsetzen, und deshalb gehört in der heutigen Zeit die Zeitung in die Schule.

Wenn die Kinder der Aufnahmeklasse an der Hand der Bibel die mechanische Lesefertigkeit erlangt haben, so vervollkommen sie diese in den folgenden Klassen am Lesebuche. Das kann ganz genau ebenso an der Zeitung geschehen, z. T. sogar noch besser, weil die Worte des täglichen Lebens und besonders moderne Wortbilder in der Zeitung viel häufiger vorkommen. Es darf natürlich nicht nur mechanisch, sondern muß mit Sachverständnis gelesen werden, d. h. das Gelesene muß im Unterricht besprochen werden. Signet sich dazu die Zeitung? Vor der Hand vielleicht noch nicht in allen Teilen. Nach dem Alter der Kinder muß der Lehrer die Stoffauswahl treffen. Mit Kindern der Unterstufe können z. B. Unglücksfälle auf der Straße gelesen werden. Da haben sie wirkliche Tatsachen, an deren Hand mit ihnen besprochen wird, wie sie sich im Verkehrsgebiete zu bewegen haben. Da steht ein Familiendrama in der Zeitung; seine Behandlung in der Schule gibt eine prächtige Religionsstunde im modernen Sinne. So werden sich alle Sachen im lokalen Teil reiflos aufbringend verwerten lassen. Sämtliche wissenschaftlichen Artikel werden dem Unterricht in Naturkunde und Naturlehre hoch willkommen sein, weil sie das trodene Lehrbuch in interessanter Weise ergänzen und beleben.

Ein ganz besonderes Augenmerk wird die Schule auf die Theaterrezensionen zu richten haben. Viele Leser werden einwenden, daß sie diese Rezensionen selbst nicht verstehen. Schreibt also die Kunstkritiken so, daß ein dreizehnjähriges Kind sie verstehen kann, wofür mancher Erwachsene dankbar sein







# Gewerkschaftsbewegung

## Gelbes.

Die B. S.-Korrespondenz stellt sich den Gelben zur Verfügung oder ihren Schutzpatronen und verbreitet die Reklamenpolitik des gelben „Nationalverbandes“ über einen angeblichen Gewerkschaftskampf in Rheinland-Westfalen. Die freien, die christlichen und die kirchlich-katholischen Gewerkschaften hätten den Gelben in öffentlichen Bekanntmachungen angebrocht, nicht mehr mit ihnen am gleichen Arbeitsplatz zusammenzuarbeiten, wenn sie nicht sofort den Gewerkschaften beitreten. Der Düsseldorf-Verband (1) erhebt gegen diese Androhung des Verfallens (2) schärfsten Widerspruch und stellt Gegenmaßnahmen in Aussicht.

Die Zustimmung, mit Elementen zusammenzuarbeiten, die zu jeder Tageszeit bereit sind, die organisierten Arbeiter an das Unternehmertum zu verraten und die Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit Füßen zu treten, kann unter Umständen für jeden anständigen Arbeiter einfach unerträglich werden. Der Schutz seiner materiellen Lebensgrundlage ist für den einzelnen Arbeiter mindestens ebenso wichtig, wie der Schutz seiner Gesundheit. Wie es ein Gebot der Selbsthaltung ist, nicht mit Menschen zusammenzuarbeiten, die mit anstößigen Krankheiten behaftet sind, so kann es das gleiche Gebot vom Standpunkt der Sozialmoral erfordern, das Zusammenarbeiten mit Gelben abzulehnen.

Daß der Arbeitgeberverband für seine gelben Schützlinge eintritt, so daß diese schon von vornherein mit dessen Gegenmaßnahmen drohen können, fällt nicht mehr auf. Charakteristisch ist aber, daß die Unternehmer lediglich in den Fällen, in denen es ihnen zweckdienlich erscheint, sich auf die vorgeschmähte Verfassung der noch mehr geschmähten Republik berufen. Es liegt jedoch keineswegs im Sinne der Verfassung, dem Unternehmertum für seine gelben Gerden gegen die Arbeitnehmer besondere Schutz zu bieten.

Das eine steht auf alle Fälle fest: die deutsche Arbeiterschaft ist bisher mit den Gelben fertig geworden und wird auch weiterhin mit ihnen fertig zu werden wissen, ohne die angeblichen „öffentlichen Bekanntmachungen“. Die Gelben dürften ohnedem wissen, woran sie sind. Wollen sie die Rolle der Gelben spielen, dann müssen sie das mit rechnen, von den übrigen Arbeitern als Geiße behandelt zu werden.

### Die Kellner zum Schlemmergesetz.

„Wie stellen wir uns zum Schlemmergesetz?“ Mit dieser Frage beschäftigte sich eine Kellner-Versammlung, die am Freitag in den Sophienböden stattfand. Referent war Schneider, Mitglied des Verbandsvorstandes, der eingangs seiner Ausführungen hervorhob, daß die Frage von einschneidender Bedeutung für das Bedienungspersonal in den Gastwirtschaften sei. Die Anregung zur Bekämpfung der Schlemmerei lief von den Gewerkschaften gekommen. Am 6. August habe dann das preussische Ministerium des Innern eine Verfügung zur Bekämpfung der Schlemmerei erlassen.

Von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus müsse dieser Kampf freudig begrüßt werden und auch die Gastwirtschaften könnten den ihm zugrunde liegenden Gedanken die Anerkennung selbst dann nicht versagen, wenn ihnen aus ihm eine Verminderung ihres Verdienstes erwachsen sollte.

Den Begriff „Schlemmerei“ festzustellen, sei aber nicht so einfach, und noch schwieriger dürfte sich die Kontrolle über die Durchführung der Maßnahmen gestalten. So wie man die Sache jetzt aufbauen wolle, werde es nicht gehen. Den Kellner zum Steuerheber machen zu wollen, gehe nicht an. Diese Rolle sei nicht wünschenswert. Die Sache müsse ganz anders ausgestaltet werden, wenn sie nicht technisch als undurchführbar scheitern sollte. Viel praktischer und damit erfolgreicher könne sie aufgezogen werden, indem man die Schlemmervereine an anderer Stelle schon mit einer Steuer belaste. So würde man doch Wein, Cognac, Saviar und viele ähnliche Dinge schon vor dem Verzehr bei dem Verkäufer oder Hersteller mit einer hohen, event. verdoppelten Steuer beladen können, und zwar in Form einer Bändersteuer oder durch Verwendung einer Steuerkarte auf der Rechnung. Hierdurch würde auch eine einwandfreie Kontrolle zu erreichen sein. Bedauerlich sei, daß man bei den bezüglichen Vergütungen keine Vertreter der Gehilfenorganisation hinzuzuziehen habe. Der Redner bemerkte am Schluß: Mit dem erstrebten Ziel sind wir einverstanden, das System dürfte aber in der bisher bekannt gewordenen Form versagen.

Dem Vortrag folgte eine kurze Aussprache, in der die Redner den Ausführungen des Referenten zustimmten. — In einer folgenden zweiten, größeren Versammlung soll zu der Frage nochmals Stellung genommen werden.

### Aus dem Konditoreigewerbe.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren schreibt uns: Mit allen Mitteln versuchen viele Konditoreibesitzer, ihr Personal von der Organisation fernzuhalten. — So ließ jetzt der Bäckermeister und Konditoreibesitzer O. Wöhling, Charlottenburg, Schönhaferstraße 45, welcher noch Kurfürstendamm 213 und Borstelstraße 41 Filialen besitzt, einzeln sein Personal nach dem Kontor kommen und forschte sie aus, ob sie dem Verband angehören, und ermahnte sie recht überdrüssig, doch die hohen Verbandsbeiträge nicht zu zahlen, das Geld könnten sie sich doch sparen, sie würden auch so ihren Tariflohn erhalten. — Herr Wöhling hat wohl vergessen, daß wir ihn schon manchem erst nachdrücklich an die Bezahlung der tarifmäßigen Löhne mahnen mußten. Er vergißt wohl auch, daß er heute noch das weibliche Personal entgegen den gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen länger als acht Stunden zum Arbeiten zwingt. Vielleicht nimmt einmal die Gewerkepolizei Notiz davon. Aber Herr Wöhling, der selber mit in der Tarifkommission sitzt, erklärt dort immer, daß vor allem der Lohn für das weibliche Personal viel zu hoch sei und daß die Konditoreibesitzer ihre Betriebe schließen müßten, wenn die Löhne noch weiter erhöht würden.

Wie hoch sind nun die Löhne? Eine Verkäuferin erhält je nach Alter zwischen 855 und 1154 M. pro Woche ausgezahlt. Dafür soll sie sich voll beschäftigen, Wohnung und Fahrgehalt bezahlen und stets sauber und einständig gekleidet gehen, dafür geht aber ihr Dienst bis nachts 1 Uhr.

Trotz der ungeheuren Teuerung sind neue Lohnverhandlungen schon zweimal gescheitert. Nun ist der Schlichtungsausschuß angerufen. Wenn man sie hört, sind die Konditoreibesitzer schon eine Pleite. Dabei ist aber das Konditoreigewerbe auch heute nicht als neuliebend anzusehen, die Herren verstehen es, die Konjunktur auszunutzen. So hat erst dieser Tage der Inhaber eines mittleren Geschäfts mit Hilfe einer Angestellten einen ganzen Tag dazu gebraucht mehrere Zentner noch recht billig eingekaufter Schokolade mit neuen Breifen zu versehen, und schmunzelnd meinte er dann: „Na ich verdiene an jeder Tafel über 50 M.“ Die Angestellte, die dem Unternehmer helfen mußte, diesen Mehrwert zu registrieren, durfte schon mehrere Wochen, um sich eine Berufsschürze kaufen zu können. — Eine der größten Firmen ließ ihren Angestellten eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 100 M. auszahlen. Auf Verhalt des Betriebsrates gab sie noch ein Brot dazu. Den Angestellten hilft nur eins: der feste Anstoß an ihren Verband.

### Wißbräute Unterschrift!

Die Deutsche Filmgewerkschaft, Ortsverwaltung Groß-Berlin, teilt uns mit, daß der Lichtspieltheaterbesitzer-Verein Groß-Berlin die Unterschrift unter die in vertriebenen Kinobetrieben abhängenden großen gelben Plakate ohne Zustimmung dieser Gewerkschaft vorgenommen hat. Der Hinweis der Kinobesitzer, daß die Erlaubnis zur Unterschrift im Tarifvertrag festgelegt sei, ist hinfällig, da dieser Tarif von der Kinobesitzer-Organisation für a u ß e r b e i e n erklärt wurde. Die Deutsche Filmgewerkschaft wird gegen jedes Lichtspieltheater vorgehen, das die gelben Plakate mit der gefährlichen Unterschrift aufhängen hat.

### Buchbinderlöhne.

Die am 11. September in Weimar begonnenen Tarifverhandlungen mit dem „Apl“ gestalteten sich diesmal wiederum außerordentlich schwierig und gaben zuweilen tiefe Einblicke in die Rückständigkeit der Unternehmer. Die angebotenen Lohnzulagen waren nach langem Hin- und Her so geringfügig, daß sie von der Arbeiterschaft unwillig angenommen waren. So wurden nach zwei Tagen die Verhandlungen abgebrochen. Am dritten Tage suchten die Unternehmer wiederum die Verhandlungen aufzunehmen, die noch nachmaligem langen Hin und Her zu dem Ergebnis führten, daß für die Klasse I ab 17. September eine Zulage pro Stunde von 18 M. für Gehilfen und 11 M. für Mädchen gewährt wurde, wozu ab 1. Oktober eine weitere Zulage von 5,50 bzw. 3,50 M. erfolgt, so daß der Spitzenlohn dann 70,50 bzw. 42,— M. betragen wird.

### Beilegung der Differenzen in der Mützenbranche.

Vor dem Demobilisierungsausschuß fanden am 13. September die Verhandlungen wegen der Beilegung des Streiks der Zwischenmeister resp. der Ausperrung der Arbeiter statt. Der Vergleich, der zwischen Fabrikanten und Zwischenmeister bzw. dem Mützenverband geschlossen wurde, besagt, daß die Zwischenmeister beim nächsten Lohnabkommen den gleichen Prozentsatz wie die Arbeiter erhalten, ab 1. Oktober bis 31. Dezember d. J. jedoch nur neun Zehntel des Zuschlages.

Die Arbeiter erhalten für die Streiktage den vollen Lohn bezahlt. Gleichzeitig wurde das Lohnabkommen vom 18. bis 30. September um 40 Proz. erhöht. Die Sektionsversammlung der Mützenbranche vom 15. September stimmte dem zu.

### Lohnzuschläge in der Herren- und Damen-Magbranche.

Die Herrenmagenschneider nahmen am Freitagabend im Gewerkschaftshaus den Bericht über die in Dresden geführten Lohnverhandlungen entgegen, der von Kunisch gegeben wurde. Nach den Ausführungen des Redners waren die Verhandlungen sehr schwierig, weil die Vertreter der Arbeitgeber es ablehnten, auf die Forderungen der Arbeiter einzugehen. Schließlich kam folgende Abmachung zustande:

Der Akkordstundenlohn für selbständige Stüt- und Aenderungs-schneider wird in Stufe 1 und 2 auf 70, in Stufe 3 auf 69 und in Stufe 4 auf 68,20 M. festgesetzt, der Zeitlohn für Aenderungs-schneider in allen Klassen auf 70 M.

Vorsiehende Löhne sind für die Entlohnung aller Arbeiten, welche vom 10. September ab innerhalb der laufenden Lohnwoche geleistet werden, maßgebend. — Bei Zeitlohnarbeitern mit Wirkung vom 9. September ab, wenn die Lohnwoche am Sonnabend beginnt.

Heimarbeiter-Zuschlag, sowie auch der Qualitätsarbeiter-Zuschlag für Zeitlohnarbeiter bleiben bis heute.

In der anschließenden Aussprache machte sich eine starke Unzufriedenheit mit der Abmachung geltend. Endlich wurde beschlossen, möglichst bald neue Forderungen zu stellen.

Der Lohn der Damenmagenschneider beträgt 73 M., der Spitzenlohn für Damenmagenschneiderinnen 58,40 M. pro Stunde. Die Staffelung der Löhne sowie der Qualitäts- und Heimarbeiterzuschlag bleiben auch hier wie bisher. Die neuen Löhne haben Geltung für Zeitlohnarbeiter ab 9. für Akkordarbeiter ab 11. September 1922. Die ausgerechneten Zuschläge sind für Mitglieder des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Bundes im Bureau, Sebastianstr. 37/38, täglich von 8—1 Uhr und Freitags von 5—6½ Uhr gegen Mitgliedsausweis erhältlich.

Die Hafenarbeiter in Danzig haben mit großer Mehrheit beschlossen, heute in den Streik zu treten, weil ihre Forderung, den jetzigen Tagelohn von 650 auf 1300 M. zu erhöhen, abgelehnt wurde.

Die französischen Seelen haben angekündigt, daß sie heute früh um 8 Uhr den bereits beschlossenen 23stündigen Streik beginnen würden. Der Sicherheitsdienst wird von den Mannschaften gestellt werden.

# Wirtschaft

## Kosten des Nahrungsmittelaufwandes.

Der Monat August hat eine sprunghafte Aufwärtsbewegung der Lebensmittel gebracht. Richard Calmer berechnet nach seiner bekannten Methode die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie, Eltern und zwei Kinder, im Durchschnitt für die 200 größten Städte des Deutschen Reiches auf 2420,48 M. je Woche gegen 1633 M. im Juli. Vergleicht man die Augustziffer mit der Vorjahreszeit, so zeigt sich, daß die Kosten der Ernährung nahezu auf das 100fache gestiegen sind. Zeigt man die Indexziffer für Juni 1914 gleich 1, so ergibt sich folgender Maßstab für die sinkende Kaufkraft des Geldes:

Monat des Nahrungsmittelaufwandes in Mark	Steigerung auf 100 %
Juli 1914 . . . . .	14,73
August 1921 . . . . .	395,96
Januar 1922 . . . . .	548,85
Juli 1922 . . . . .	1653,00
August 1922 . . . . .	2120,48

Wanz besonders schwer werden von der Teuerungswelle die im besetzten Gebiet und in seiner unmittelbaren Nachbarschaft gelegenen Städte betroffen. Die Indexziffer für Saarbrücken ist bereits doppelt so hoch wie der Reichsdurchschnitt. Hier zeigt sich deutlich die katastrophale Wirkung der Hamsterfahrten ausländischer Käufer nach den deutschen Grenzgebieten und der preistreibende Einfluß der Kaufkraft der Besatzungstruppen.

Das deutsche Bier. Die Regierung hat beschlossen, den Verbrauch von Feldfrüchten zur Biergewinnung dadurch einzuschränken, daß hierfür Vollbier mit einem höheren Gehalt als 9 Proz. Stammwürze nicht mehr gebraut werden darf. Dazu sind folgende Zahlenangaben über den Umfang der heutigen Bierproduktion von Interesse: Im Jahre 1913 sind in deutschen Brauereien 746 187 Tonnen Malz verarbeitet worden, 1920 aber nur 220 532 Tonnen. Insgesamt sind hergestellt worden im Jahre 1913 rund 41 Millionen Hektoliter Bier und im Jahre 1920 23,4 Millionen Hektoliter. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen vor dem Kriege jährlich 77 Liter Bier und 1920 38 Liter Bier. Die „Ernährung“ des deutschen Volkes hat also bis zum Jahre 1920, wenigstens soweit der Biergenuß in Frage kommt, recht erhebliche Fortschritte gemacht. Allerdings ist im Laufe des Rechnungsjahres 1921 ein harter Umschwung eingetreten. In diesem Jahre wurden beinahe 34 Millionen Hektoliter Bier gebraut, was auf den Kopf der Bevölkerung 54 Liter ausmacht. Der größte Teil dieser Brauermenge, nämlich 31½ Millionen Hektoliter, war Vollbier. Wenn man berücksichtigt, daß im Jahre 1921 400 448 Tonnen Malz für die Biergewinnung verbraucht worden sind, also über doppelt soviel als im Jahre 1920, so wird man leicht zu erkennen vermögen, daß durch den Beschluß der Reichsregierung eine sehr erhebliche Menge von Gerste für andere nützlichere Ernährungszwecke zugunsten des Volkes frei wird.

Erweiterung der Einfuhrsperrliste für Genussmittel. In den nächsten Tagen wird eine Bekanntmachung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft veröffentlicht werden, daß mit Rücksicht auf die ungünstige Wirtschaftslage des Inlandes die Einfuhr für eine Reihe weiterer entbehrlicher Lebensmittel und Genussmittel gesperrt werden wird. Es handelt sich dabei um getrocknete Datteln, Nüssen, Seehaiskräutern, Froschkäulen, See- und Seemuscheln, Scharen und Schildkröten, Zunderwerk und sonstige Zunderwaren, Früchte (mit Brantwein zubereitet oder in Brantwein eingelegt), sowie feine Tafeläpfel, Tafelbirnen, Gelobst.

Die Knappheit an Zahlungsmitteln. Die bestehende außerordentliche Knappheit an Zahlungsmitteln hat auch die Leipzig-er Banken gezwungen, die Abgabe von Zahlungsmitteln stark einzuschränken. Um der Geschäftswelt einen Ersatz für die fehlenden Noten der Reichsbank und Darlehnskassen zu bieten, sollen Schecks über je 1000 Mark ausgestellt werden, deren Einlösung lediglich auf dem Wege der Verrechnung erfolgt. Von der Stadt Leipzig werden vorläufig bis zum 10. November insgesamt 45 Millionen Mark Guthaben wieder in Verkehr gesetzt, die im Jahre 1918 bereits einmal ausgegeben, im folgenden Jahre aber wieder eingezogen worden waren. Auch der Magistrat der Stadt Halle hat beschlossen, schleunigst neues Notgeld an Stellen von 50, 100, 500 und 1000 Mark herauszugeben, um dem Mangel an Zahlungsmitteln an den Lohntagen der Industrie abzuhelfen. Die Scheine sollen bereits für September ultimo zur Verfügung stehen.

## Aus der Partei.

### Besprechung des Auer-Streites in München.

München, 16. September. (Eig. Drahtbericht.) Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereines München hat sich am Freitagabend mit dem Angriff gegen den Genossen Auer beschäftigt. Das von der USF vorgelegte Material, durch welches bewiesen werden sollte, daß Auer sich Treibereien gegen die Republik habe zuschulden kommen lassen, bestand nur aus längst bekannten und widerlegten, vollkommen haltlosen Anschuldigungen. Die überfüllte Versammlung nahm gegen wenige Stimmen eine Erklärung an, worin der Zusammenbruch dieser Anschuldigungen festgestellt wird. Die Erklärung spricht ferner aus, daß das Verhalten des Genossen Auer in der bekannten Hofenstraß-Angelegenheit nicht gebilligt werden könne, erklärt daselbe jedoch für einen unpolitischen Akt und wendet sich aufs schärfste gegen dessen Ausschaltung zu durchzuführen politischen Zwecken. Schließlich wird dem Genossen Auer der warmste Dank für sein unerschrockenes Wirken ausgesprochen und die Bitte ausgedrückt, daß er in der gereinigten Partei dieses Wirken fortsetzen möge.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Hill, Berlin; für Anzeigen: H. Giese, Berlin. Verlag: Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin. Druck: Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin, Lindenstr. 3.

**Quecksilber**  
hauft höchststrahlend  
Heinrich Trapp, Bentzstr. 10  
(Laden nahe Spittelmarkt)

**Zahngelbte**  
Gold-, Silber-, Platin-Erbs  
zerbroch. Gegenstände genau derselben Wert  
hauft und zahlt höchste Tagespreise  
Barthele Edelmetallverwertung  
Invalidenstr. 2 v. 1. rechts, kein Laden  
Eingang Elisabethkirchstraße

Kunstspielplanos u. Flügel  
**VIRTUOLA**  
Fußbetrieb / Elektrisch  
beides vereinigt  
ermöglichen gleichzeitig Wieder-  
ergabe der Musikstücke nach  
Auflassung des Künstlers und  
Selbstmaneuverung  
Römhilfstr. A-6, Leipziger Str. 119  
bis 120, I. Stock

Perser-Teppiche  
Klaviere, Flügel  
höchste Tagesver. zahlst  
Imm. Pallaststr. 1. Karl. 9104  
**Arbeitskleidung**  
**Kosen**  
von 200 bis 1900 M.  
Hemden, Unter-  
hosen, Socken  
Berufskleidung  
— Gute Ware! —  
Billigste Preise!  
Gerh. Kohnen,  
Neukölln,  
Hermannstr. 76-77.

DER NEUE  
ROMAN  
**Untergang**  
EIN LEBENSFRAGMENT  
VON  
**A. M. de JONG**  
Beständ. Übersetzung aus dem Holländischen von  
GEORG GÄRTNER  
Dieses Buch erinnert in seiner  
packenden aufwühlenden Real-  
istik an die Kunst Zolas. Es  
zwingt zum Lesen in einem Zuge  
und hinterläßt stärkste Eindrücke.  
Preis 75,— Mk. schön gebunden  
Buchhandlung Vorwärts, Berlin  
Lindenstraße 2

Meine Herren!  
Einen wirklich guten Anzug  
Manuel oder Gasse kaufen Sie  
zu weit schließlichen Preisen  
**Große Auswahl**  
Gelegenheit der Befeidigungsbüchle  
**Megendorferstraße 118**  
Hoch. Prinzenstr. — Jahrgangsbilgung

**Manicelstoffe**  
marine Chevilot, schwere Anzugware,  
sehr preisw. Trikots, für Damen, Herren  
u. Kinder. Neuheiten in Damen-Pointe!  
**Ella Behmel, Neukölln,**  
Nimetzstr. 9, Nähe Richardplatz.  
Telephon: Amt Neukölln 409.

**Passage-Bad** Kottbufer  
Damm 79  
vollständ. renov., verahretet, folgende Bäder:  
Bannen, Gel., Nichtenbad., Stahl-, Kupf-  
-, Schwefel-, Kohlenäure-, Licht-, Böt-  
-, Sauer-, Dampf-, sowie  
— sämtl. im mediz. Nutzen  
— Clever, sämtl. Kranienkassen  
Rust.-vsn. Bob. f. Dam. Mittw. 19-1

**Korbmöbel**  
kaufen Sie am  
vorteilhaftesten  
dir. b. Hersteller  
**A. Lesdan**  
Werkstätten für  
fein. Korbmöbel  
Feinproben.  
Neukölln 1739.  
Anstell. und Verkauf an  
Neukölln, Anzeu-  
grabenstraße 29.

**Zinn**  
Gold-, Silber-Bruch  
**Quecksilber**  
Blei, Kupfer, Platin  
usw.  
— lauff. u. Engrospreise  
Scharow, Lange Str. 35  
am Schöneberg Bahnh.  
Lange Straße 90, Laden.

**Seit 70 Jahren**  
ist San-R. Haussalbe bei Haut-  
Dr. Strahl, stets her-  
vorrang. Neuh. Gr. Aus-  
wahl. Billige Preise  
Eduard Vol. Haussalbe  
Berliner Str. 14, Nähe  
Hermannplatz — Tel.  
Neukölln 254. Repar.  
sämtlich. Korbecken

**Elefanten-Apotheke**  
Berlin SW 213, Leipziger Str. 74, Bismarckpl.

**Korsette**  
aus la Stoffen u. in all. Preislagen  
empfehle  
**Korsettfabrik Rich. Neeke**  
1. Geschäft:  
Berlin-Karlsruher, Teackow-Allee 99  
2. Geschäft:  
Bin.-Lichtenberg, Neue Bohnhofstr. 26  
3. Geschäft:  
Berlin, Kommandantenstraße 23  
Ecke Alte Jakobstraße

**Strickjacken**  
aller Art, Junger, Kimonos, Strand-  
jackchen etc. Einzelverkauf bester  
Qualitätsware.  
**Billigste Bezugsquelle**  
**Bruno Richter, Berlin-Pankow,**  
Mendicitstr. 34, I.  
Fabrik-Niederlage Thüring. Wolfwaren,  
Straßenbahn: 46, 47, 49, 51, 57, 151, 116.  
Fernruf: Pankow 3723.

**Korbmöbel**  
kaufen Sie am  
vorteilhaftesten  
dir. b. Hersteller  
**A. Lesdan**  
Werkstätten für  
fein. Korbmöbel  
Feinproben.  
Neukölln 1739.  
Anstell. und Verkauf an  
Neukölln, Anzeu-  
grabenstraße 29.

**Zinn**  
Gold-, Silber-Bruch  
**Quecksilber**  
Blei, Kupfer, Platin  
usw.  
— lauff. u. Engrospreise  
Scharow, Lange Str. 35  
am Schöneberg Bahnh.  
Lange Straße 90, Laden.

**Seit 70 Jahren**  
ist San-R. Haussalbe bei Haut-  
Dr. Strahl, stets her-  
vorrang. Neuh. Gr. Aus-  
wahl. Billige Preise  
Eduard Vol. Haussalbe  
Berliner Str. 14, Nähe  
Hermannplatz — Tel.  
Neukölln 254. Repar.  
sämtlich. Korbecken

**Elefanten-Apotheke**  
Berlin SW 213, Leipziger Str. 74, Bismarckpl.